

Zur politischen Bewertung
einer medialen
Inszenierung

Sechs Gründe gegen Fernsehduelle

Wolfgang Donsbach

Das Ergebnis einer Bundestagswahl hat immer viele Ursachen. Auf die Wahlentscheidung 2002 wirkten sich zwei Konstellationen, zwei politische Themen und zwei Ereignisse nachhaltig aus. Bei den beiden Konstellationen handelt es sich um die überragenden persönlichen Sympathiewerte von Schröder im Vergleich mit Stoiber und um das geringe Zutrauen der Bevölkerung in eine bessere Politik durch die Union – auch zu Zeiten, als die Union in der Wahlabsicht klar vorne lag. Bei den *Issues* handelt es sich um die Themen Arbeitsmarkt und Irak. Ersteres, das zentrale Wahlkampfthema für die Union, wurde von der Flutwelle Mitte August zu einem wahlentscheidenden Zeitpunkt aus den Medien gespült. Die von der Bundesregierung propagierte deutsche Haltung zum Irak war ein *issue management*, das die SPD-Klientel geschickt bediente und obendrein die Union auf dem falschen Fuß erwischte.

Die beiden Ereignisse des Wahljahres 2002 waren die bereits erwähnte Flut und die Fernsehduelle der Kanzlerkandidaten. Die Wirkung der Flut war mehrdimensional: Sie „schob sich wie eine Wand vor das Thema Arbeitslosigkeit“ (Renate Köcher), sie bot dem Kanzler die Bühne, als Krisenmanager aufzutreten, und sie schaffte ein positives Grundgefühl einer, auch ost-westdeutschen, Solidargemeinschaft, was sicher unbewusst auch eher dem Vertreter des Status quo als der Opposition gutgeschrieben wurde.

Für die Flutkatastrophe konnte keiner etwas, ganz im Gegensatz zu den Fern-

sehduellen. Es wird noch mit den vielen von Sozialwissenschaftlern erhobenen Daten zu ergründen sein, wie stark in exakten Prozentpunkten deren Einfluss auf die Wahlentscheidung war. Das Anliegen ist hier nicht deren Wirkung, auch nicht deren Rolle als wahltaktisches Harakiri der Union zu bewerten, die um die Fernsehqualitäten des Kanzlers wissen musste, als sie die Debatte forderte (und vielleicht insgeheim darauf hoffte, Schröder würde das alte Kohl-Ritual fortsetzen: die Opposition fordert, der Amtsinhaber lehnt ab). Das Thema ist die politische Bewertung der Fernsehdebatten vor dem Hintergrund ihrer sozialwissenschaftlich ermittelbaren Rolle.

Vorbilder

The Great Debates, von Sidney Kraus 1962 herausgegeben, gehört zu den Standardwerken der politischen Kommunikationsforschung. Es war der Anfang einer intensiven Beschäftigung mit den Inhalten und Wirkungen von Fernsehdebatten zwischen den Kandidaten der amerikanischen Präsidentschaftswahlkämpfe. In einem politischen System mit Direktwahl des Präsidenten durch die Bevölkerung und zudem der mit Abstand am weitesten entwickelten „Mediendemokratie“ lag es nahe, solche Fernsehdebatten durchzuführen und sie durch die ebenfalls schon viel früher entwickelte empirische Kommunikationsforschung wissenschaftlich begleiten zu lassen. Die einzelnen Studien in *The Great Debates* betrafen damals die Debatten zwischen Kennedy

und Nixon. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die bessere mediale *Performance* dem juvenilen Kennedy damals den äußerst knappen Wahlsieg einbrachte.

In Deutschland hat man bisher von solchen Debatten Abstand genommen, sieht man einmal von den „Elefantenrunden“ mit den Vorsitzenden aller im Bundestag vertretenen Parteien ab. Das Wahljahr 2002 sah nun zum ersten Mal solche Zweikämpfe und dann auch gleich mit dem martialischen Label des „TV-Duells“. Für die bisherige Abstinenz gab es sechs gute Gründe, und sie haben ihre Bedeutung auch nicht verloren.

Erstens: Systemfremde Personalisierung der Wahl

Der wichtigste Grund besteht in der Inkompatibilität dieses Fernsehformats mit unserem politischen System. Die Bundesrepublik hat sich 1949 in großer Weitsicht für ein möglichst entpersonalisiertes Wahlsystem entschieden, nicht zuletzt wegen der desaströsen Erfahrungen mit großen „Führern“ in der Vergangenheit. Demokratische Parteien sollten eine Vermittlungsstation bilden zwischen dem oft volatilen, Schwankungen unterworfenen Wählerwillen und der Wahl des wichtigsten politischen Amtes, des Bundeskanzlers. Dahinter verbirgt sich durchaus auch ein Elite-Paradigma: Man traut den gewählten Abgeordneten bei der Auswahl des Führungspersonals mehr Urteilskraft zu als der breiten Bevölkerung. Aber dieses Sicherungssystem folgt dem gleichen Prinzip der repräsentativen Demokratie, die auch in politischen Sachfragen keine Referenden zulässt, weil sie dem Sachverstand und der relativen Unabhängigkeit des Urteils von Abgeordneten den Vorzug vor der aktuellen Wählerstimmung gibt. Die jeweiligen Bundesregierungen hätten in den fünfziger Jahren die Bundeswehr nicht einrichten, in den achtziger Jahren den NATO-Doppelbeschluss nicht mittragen und in den neunziger Jah-

ren den Euro nicht einführen können, wenn sie der jeweils vorherrschenden öffentlichen Meinung gefolgt wären. Die Zuspitzung von Wahlkämpfen auf das politische Führungspersonal in Slogans („Auf den Kanzler kommt es an“, „Er oder ich“) und nun in diesen Fernsehduellen entwertet die Zwischenrolle des Parlaments und bringt damit zwangsläufig noch stärker populistische Elemente in den Wahlkampf.

Zweitens: Drohender Bedeutungsverlust der Parteien

Populistische Elemente entmachten langfristig, und dies ist der zweite gewichtige Grund gegen die „Duelle“, die Parteien. Die Amerikaner haben diese Erfahrung bereits gemacht. Bis 1968 war die Nominierung der Kandidaten für öffentliche Ämter praktisch fest in den Händen der Parteien. Nur in rund einem Drittel der Bundesstaaten fanden Vorwahlen statt, an denen sich jeder Bürger beteiligen konnte, der für die betreffende Partei eingeschrieben war; in zwei Dritteln der Staaten fanden dagegen regelrechte Parteitage statt, vergleichbar den Delegiertenversammlungen in Deutschland. Nachdem Nixons Gegenkandidat Hubert Humphrey, der sich 1968 nicht einer einzigen Vorwahl gestellt und dennoch von den Delegierten der Demokratischen Partei als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden war, die Wahl verloren hatte, schlug eine Kommission unter der Leitung von McGovern und Frazier vor, das Auswahlsystem durch *primaries* oder *open caucuses* „demokratischer“ zu machen. Heute werden rund zwei Drittel aller Delegierten, die den Präsidentschaftskandidaten wählen, direkt von den Wählern entsandt.

Die Folge: Bewerber um das Präsidentenamt müssen sich heute in erster Linie an die Wähler wenden. Damit stieg unweigerlich die Bedeutung der Medien für den Auswahlprozess. Keine Unterstüt-

zung durch Parteifreunde kann das Gleiche leisten wie die Unterstützung von Millionen Wählern, die man nur über die Medien erreicht. „The candidates had to work through the press if they expected to persuade the people [...] Instead of making the traditional rounds among party leaders, Carter traveled about the country meeting with journalists [...] The road to nomination now passes through the news rooms“, formulierte T. E. Patterson in seiner 1993 erschienenen Analyse „Out of Order“. Die populistische Personalisierung der Wahlkämpfe, zu der auch die Fernsehduelle beitragen, führt zu einer schleichenden Entmachtung der Parteien als zentraler politischer Institutionen. Die Qualitäten des Personals und die Prozesse seiner Auswahl verschoben sich.

Drittens: Benachteiligung kleiner Parteien

Drittens führen solche Duelle zu einer strukturellen Benachteiligung kleiner Parteien. Aus verfassungspolitischer, wenngleich vielleicht nicht formalrechtlicher Sicht hatte Guido Westerwelle ja Recht: Wie kann es sein, dass vor einer Wahl das mit Abstand wichtigste, weil reichweitenstärkste Forum der politischen Auseinandersetzung auf Vertreter von nur zwei der fünf im Bundestag vertretenen Fraktionen beschränkt wird? Bei der Wahl muss gelten, dass zunächst alle mit gleichen Chancen und Rechten antreten. Eine andere Praxis führt zu einer Perpetuierung der herrschenden Mehrheitsverhältnisse, zumindest was die Blöcke großer und kleiner Parteien angeht. Mindestens ebenso wie das repräsentative Element unserer Demokratie hat das Mehrparteiensystem, unter anderem eine Folge des Verhältniswahlrechts, zu politischer Stabilität und Kontinuität, aber auch gelegentlich zu Wandlungsprozessen geführt. Die Zuspitzung des politischen Kampfes auf zwei Kanzlerkandida-

ten lässt die kleineren Parteien in der öffentlichen Wahrnehmung verblassen und verringert damit ihre Chancen. Ein politisch weniger bedeutendes, wenngleich praktisches Problem stellt sich mit der Frage, ab wie vielen Sitzen im Bundestag oder ab wie vielen Prozenten bei den Meinungsforschern eine Partei einen Anspruch erheben kann, dabei zu sein. Dieses Argument spielte nur deshalb 2002 keine Rolle, weil die FDP nicht einmal in die Nähe ihrer „18“ kam. Aber was wäre gewesen, wenn? An den Mehrheitsverhältnissen in einigen Bundesländern kann man das Problem besichtigen.

Viertens: Verschiebung der Urteilskriterien

Viertens verführen die Fernsehduelle dazu, bei der Entscheidung für Kandidaten die falschen, weil für das Funktionieren des politischen Gemeinwesens dysfunktionalen Kriterien anzulegen. Wenn die Duelle überhaupt einen Sinn haben sollen, dann deshalb, weil man ihnen eine Wirkung zuspricht, und wenn man ihnen eine Wirkung zuspricht, dann muss man sich fragen, worauf diese beruht. In unserer bundesweit repräsentativen Umfrage direkt nach dem ersten Fernsehduell bei RTL und SAT.1 sagten 28 Prozent, das gerade gesehene Duell habe sie „in ihrer eigenen Wahlentscheidung sicherer gemacht“.

Aber was macht einen Fernsehzuschauer sicherer? Sind es die Argumente und die politische Programmatik oder eher die persönliche Performanz als „Talker“ vor laufenden Fernsehkameras? Es spricht vieles dafür, dass zumindest für die Mehrheit der Zuschauer das Letztere den Ausschlag gibt. Die Menschen tendieren dazu, Personen, die sie auf dem Bildschirm sehen, nach gleichen Kriterien zu beurteilen, egal ob sie Showmaster oder Politiker sind. Aber die Fähigkeiten, 75 Minuten lang den Fragen von Moderatorinnen und Moderatoren geschickte,

Tabelle 1: Eindruck bei Nicht-Sehern

Nur an Nicht-Seher des ersten TV-Duells
 „Auch wenn man das Fernsehduell nicht gesehen hat,
 hat man doch einen Eindruck, wer gewonnen hat.
 Einmal ganz allgemein gefragt, was glauben Sie,
 wer das Fernsehduell gewonnen hat, wer besser
 abgeschnitten hat?“

Schröder	30 Prozent
Stoiber	18 Prozent
Beide gleich/ schwer zu sagen	52 Prozent

Telefonische Befragung einer repräsentativen Bevölkerungstichprobe;
 Feldzeit: 29. 8.–6. 9. 2002, N = 293

weil einfache und vereinfachende Antworten zu komplexen Themen entgegensetzen und sich möglichst telegen und locker einem Millionenpublikum zu präsentieren, sind wahrlich andere als diejenigen, die man benötigt, um ein Land zu regieren. Helmut Markwort von Focus hatte Recht, als er nach dem zweiten Fernsehduell meinte, am liebsten würden die deutschen Fernsehzuschauer Günter Jauch zum Bundeskanzler küren, weil der am besten im Fernsehen „rüberkommt“. Wir verändern durch diese neuen Wahlkampfeignisse somit auch allmählich

Tabelle 2: Rolle der nachfolgenden Medienberichterstattung

„Die Medien haben ja auch intensiv über das Fernsehduell berichtet. Würden Sie sagen, dass Sie sich sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie über das Fernsehduell in den Medien informiert haben?“

sehr oft	11 Prozent
oft	34 Prozent
manchmal	18 Prozent
selten	26 Prozent
nie	11 Prozent

Telefonische Befragung einer repräsentativen Bevölkerungstichprobe;
 Feldzeit: 29. 8.–6. 9. 2002, N = 622

die Selektionskriterien für politisches Personal.

Einen wichtigen Anteil an der öffentlichen Wirkung eines Politikers, vor allem in der Mediendemokratie, haben die Stimmungen, die er transportiert. In der Kommunikationswissenschaft kennen wir die Theorie des *mood management* als Erklärung für die Zuwendung zu Medieninhalten. Auch Politik ist ein gutes Stück *mood management* und Schröder ihr *Dr. Feelgood* (so Jörg Howe von SAT.1). Gegen Stoibers Fakten, Fakten, Fakten – deren Stakkato-Rhetorik oft die Eleganz fehlte – setzte Schröder vor allem beim zweiten Duell mal ein Lächeln, mal einen Spritzer Ironie. Er präsentierte sich als der Kanzler des leichteren und leichtlebigeren Deutschland. Sein lockerer Tonfall, seine verbindlichen Gesten, sein manchmal verschmitztes Lächeln sollten deutlich machen: Einem Land, in dem einer wie ich Kanzler ist, kann es so schlecht nicht gehen! Und auch in der Zukunft müssen wir den Gürtel nicht enger schnallen. Fühlt sich das nicht besser an als düstere Bilder der Arbeitslosigkeit? Unsere demoskopischen Daten bestätigen diesen unterschiedlichen Stimmungstransfer auf frappante Weise. Schon nach dem ersten, ernsteren Duell meinten 76 Prozent, Schröder „verbreitet gute Laune“. Von Stoiber sagten das nur 32 Prozent.

Fünftens: Verdikt der Medienberichterstattung

Ein fünftes Argument gegen die Fernsehduelle steckt in der Rolle der anschließenden Medienberichterstattung. Deren Wirkung ermittelten zum ersten Mal die beiden amerikanischen Wissenschaftler Kurt und Gladys Engel Lang nach der Carter-Ford-Debatte 1976 (*Immediate and delayed responses to the Carter-Ford debate*, in: *Public Opinion Quarterly* 42, 322–341). Die Urteile über Ford und Carter unterschieden sich bei denjenigen, die

direkt im Anschluss befragt worden waren, erheblich von den Urteilen der Stichprobe der Befragten, die einige Tage später interviewt worden waren. Die Autoren führten dies vor allem auf die zwischenzeitliche Medienberichterstattung zurück. Dieses „Medienverdikt“ ist seitdem mehrfach Gegenstand der Forschung gewesen.

Die beiden Fernsehduelle in Deutschland hatten jeweils rund 15 Millionen Zuschauer, was schon eine ungewöhnliche Reichweite für politische Sendungen ausmacht. Aber ihre Wirkung geht weit darüber hinaus. Viele Zuschauer hatten im Anschluss an die Sendungen keine klare Meinung dazu, welcher Kandidat die bessere Figur abgegeben hat – nach dem ersten Duell war es ein Viertel. Hinzu kommen die Wähler, die die Sendung nicht selbst gesehen haben. Beide Gruppen, aber selbst diejenigen, die zu den Zuschauern gehörten und sich zunächst eine eigene Meinung gebildet haben, waren der anschließenden Medienberichterstattung ausgesetzt und ließen sich von ihr beeinflussen.

Wie sehr sich auch die Nicht-Seher ein eigenes Urteil bilden, zeigt unsere Umfrage an den Tagen nach dem ersten Fernsehduell. Von den Personen, die das Fernsehduell selbst nicht gesehen hatten, konnten uns 48 Prozent ihre Meinung darüber mitteilen, wer das Duell „gewonnen hatte“ (Tabelle 1).

Es liegt nahe, dass diese Urteile aus den Medien kommen. Dafür spricht, dass 44 Prozent der Deutschen angaben, sich oft oder sehr oft aus den Medien über das Duell informiert zu haben, weitere 18 Prozent immerhin „manchmal“ (Tabelle 2). Inhaltsanalysen werden zeigen, ob diese Medienverdikte dann auch dafür verantwortlich sind, dass aus einem praktischen Unentschieden der beiden Kandidaten direkt im Anschluss (40 Prozent sahen Schröder, 36 Prozent Stoiber vorne) binnen weniger Tage ein für den Kanzler

komfortabler Vorsprung von zehn Prozentpunkten entstand.

Sechstens: Wechselnde Spielregeln

Die Chancen der Akteure hängen von den Spielregeln ab – in der Politik wie im Sport. Stoibers Remis im ersten Duell resultierte – neben den vorherigen eher negativen Erwartungen an ihn, die den Urteilshintergrund bildeten – aus den starren formalen Regeln des Duells, die seiner Persönlichkeit mehr zupass kamen als der Schröders. Beim zweiten Duell bekam Schröder dann doch, was er wollte und was er brauchte: den Schlagabtausch, die direkte Interaktion mit dem Gegner statt das von ihm ungeliebte Spiel über die Bande der Moderatoren. Die Kampagne für diese neue Form hatten seine Spindoctors gleich nach dem ersten Duell in Gang gesetzt. Es fanden sich viele Beobachter, die die Langeweile der ersten Debatte beklagten. Die einen taten es naiv aus dem Missverständnis heraus, solche Diskussionen müssten mit dem Unterhaltungswert von „Wetten, dass...?“ konkurrieren können. Die anderen taten es natürlich strategisch, weil sie wenigstens beim zweiten Mal die Kulisse sehen wollten, in der Gerhard Schröder brillieren kann.

Am Abend des zweiten Duells wurden die Zuschauer noch einmal frisch eingestimmt auf die neuen Freiheiten, die sich vor allem der Amtsinhaber nehmen würde, um sein Spielfeld zu bereiten. Das Vorgeplänkel in der ARD ließ gleich mehrfach Kronzeugen zu Wort kommen, die es dieses Mal „fetziger“ haben wollten, mehr Herausforderung, Streit und Schlagabtausch. Konsequenterweise wünschte uns der Vor-Moderator Thomas Roth „gute Unterhaltung“ und begrüßte uns Frau Illner beim „Finale um die Kanzlerschaft“, als ginge es um den Grand Prix der Eurovision und nicht um das bedeutendste Ereignis, das eine Demokratie zu bieten hat, eine Wahl. Die

Kampa der SPD und ihre Truppen hatten es also in zwei Wochen geschafft, das Format des TV-Duells zu ändern – nicht in den formalen Regeln, aber in den Erwartungen der Zuschauer hinsichtlich des legitimen Verhaltens der Kontrahenten.

Und auf diesem neuen Terrain war Edmund Stoiber chancenlos. Er war nicht viel anders und nicht merklich schlechter als beim ersten Mal. Aber er hatte einen von Fesseln befreiten Gegner und damit einen anderen Resonanzboden für seine ihm eigene Art. Gegen Schröders gelassene, heiter-joviale Streitlust wirkte Stoibers ernste Bissigkeit defensiv und bedrängt. Obendrein verschoss er sein Pulver zur Arbeitslosigkeit zu früh, zu ziellos. Der Plan, sie bei jeder Frage, gleich zu welchem Thema, ins Spiel zu bringen, war zu durchsichtig. So gelang es der Gegenseite – unterstützt durch die Bewertungen in den nachfolgenden Sendungen – relativ leicht, den Trick zu entlarven und zu delegitimieren. Stoibers wichtigste Waffe war damit ein gutes Stück entschärft.

Weiterdrehen an der Schraube der Mediendemokratie

Es gibt kaum Beobachter in der Wissenschaft, in der Politik und selbst in den Me-

dien, die nicht immer wieder die Pervertierung des politischen Prozesses zu einer „Mediendemokratie“ beklagen. Meistens betrachtet man diesen Prozess hilflos, nicht wissend, wo man ansetzen soll, um ihn aufzuhalten, geschweige denn ihn umzukehren. Zu weit vorangeschritten ist der Prozess, und zu heillos verwoben sind seine verschiedenen Elemente des politischen und des Mediensystems. Mit der Entscheidung über die Fernsehduelle hatte die Politik eine Stellschraube zur Verfügung und hat sie nicht genutzt. Dass die Medien den Vorschlag des Duells aufgreifen würden, weil sie sich damit noch wichtiger nehmen können, als sie es ohnehin sind, war klar. Dass Schröder darauf eingehen würde, ebenso. Die mediale Performanz ist das Fundament seines politischen Gewichts.

Aber nicht die Abwägung der Chancenlosigkeit des eigenen Kandidaten hätte die Union dazu bringen müssen, auf die Duelle zu verzichten, sondern die Einsicht einer immer schiefer werdenden Ebene in Richtung Fernsehdemokratie. Von der SPD war zumindest in diesem Wahlkampf ein Veto weniger zu erwarten. Sie hätte allzu heroisch eine ihr auf silbernem Tablett präsentierte Waffe aus-schlagen müssen.

Lesermeinung

Die Schwäche der Akzeptanz bei den älteren Wählern hat mich nicht überrascht. Ich wage einmal zu plakativieren: Die SPD ist für die Arbeiter (laut Programm), die FDP für die Besserverdienenden, die Grünen für die Ökologie und die CDU für das vierte Gebot. Wenn Ältere dann ständig durch Horrorberichte in den Medien über die Zustände in den sündhaft teuren Alten- und Pflegeheimen aufgeschreckt werden, sie bei Besuchen im Altenheim bestätigt finden und von der CDU noch nicht einmal Programmatisches zur Behebung der Missstände hören, können sie sie nicht wählen. Unter „Wichtigste politische Themen“ von September 2001 bis September 2002 kommt die Altenpolitik nicht einmal vor. Es geht im Zusammenhang mit dem Alter nicht nur um Rente beziehungsweise Alterssicherung. Ich bin 70, und nie habe ich gedacht, dass ich den Zustand der eigenen Hilflosigkeit in unserem Land so fürchten müsste, wie ich ihn nun fürchte. Ich glaube fast, dass nur die Diskussion über die Sterbehilfe auch Menschen mittleren Alters die Augen für die Realitäten des Alters öffnen würde.

Edith Höltmann